

französischen Außenminister und den französischen Besatzungsbehörden zu verlangen. Im Namen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Namen aller nationalgesinnten und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes erkläre ich feierlich, daß Deutschland keine Entscheidung über das Saargebiet anerkennen wird, der nicht das deutsche Volk einschließlich der Bevölkerung des Saargebietes zugestimmt hat.

Die Deutsche Demokratische Republik verfolgt eine ehrliche Politik des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere aber mit unseren Nachbarvölkern. Das betrifft auch das französische Volk, mit dem wir Deutsche durch so mannigfache wechselseitige Beziehungen der Kultur und der Wirtschaft verknüpft sind. Die Deutsche Demokratische Republik anerkennt das geschichtlich begründete Bedürfnis des französischen Volkes nach Sicherheit gegen die Gefahr neuer militärischer Aggressionen. Die Politik jedoch, die von den französischen Kabinetten unter der Führung der gegenwärtig herrschenden anglo-amerikanischen Kräfte in den westdeutschen Besatzungszonen durchgeführt wird, ist keine Politik der Sicherung des Friedens und der dauerhaften Freundschaft zwischen den Völkern. Diese Politik hat schon jetzt dazu geführt, daß die alten Machthaber, die das Hitlerregime finanziert und von ihm Nutzen gezogen haben, von neuem die vorherrschenden Kräfte in Westdeutschland geworden sind und daß die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands zwangsläufig von neuem akut geworden ist. Zweifellos stellt die Wiederaufrüstung Westdeutschlands auch für das französische Volk eine ernsthafte Gefahr dar. Diese Politik hat ferner dazu geführt, daß politische Probleme, wie zum Beispiel die Saarfrage, unlösbar und ausweglos zu werden drohen, weil sie auf eine falsche und gefährliche Grundlage geschoben wurden, weil sie nur den chauvinistischen Kräften neue Nahrung geben und von den kapitalistischen Kräften für ihre Sonderinteressen mißbraucht werden.

Unsere Politik dagegen erstrebt für ganz Deutschland die endgültige Ausschaltung aller derjenigen Kräfte, die an Kriegen und Kriegsgewinnen interessiert sind und die Feinde nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der französischen Nation und aller anderen friedliebenden Völker sind. Wir sind gewiß, daß die demokratischen und friedliebenden Kräfte Frankreichs die Politik ihrer Regierung nicht billigen, wenn sie den gefährlichen Weg der Remilitarisierung Westdeutschlands weiter verfolgt und auf der Annexion zweifelsfrei deutscher Gebiete besteht, die nicht der Sicherheit des französischen Volkes, sondern nur der Bereicherung der französischen Kapitalisten dienen soll. Der Weg zum Frieden und zur Sicherheit in Westeuropa führt nicht über die Kartellabreden der Truste und Monopole, führt nicht über die Zerstückelung deutscher Länder und ihren Anschluß an den westlichen Militärpakt, führt nicht über die Organisierung von Landsknechtshäufen eines neuen Weltkrieges. Der Weg zu Frieden und Sicherheit führt über einen Friedenspakt der Großmächte, wie ihn der sowjetische Außenminister Wjatschinskij auf der Vollversammlung der UN vorgeschlagen hat, der Weg zu Frieden und Sicherheit führt über die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, über das Bündnis der friedliebenden Menschen aller Völker, über eine konstruktive Politik echter, freundschaftlicher Zusammenarbeit.

Die Verhandlungen des Herrn Adenauer mit dem französischen Außenminister waren gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtet, denn sie dienten im Ergebnis der weiteren Verhinderung eines Friedensvertrages und der Verhinderung der Demokratisierung Westdeutschlands. Wirtschaftlich konnten die Besprechungen keinen Nutzen für die west-

deutschen Gebiete bringen, da sich in Frankreich unter dem Druck des Marshall-Planes die wirtschaftliche Krise in zunehmendem Maße weiterentwickelt und die französische Regierung daran interessiert ist, die Folgen dieser Krise möglichst auf Westdeutschland abzuwälzen.

So wenig das deutsche Volk sich mit der Annexion des Saargebietes abfinden wird, so wenig ist es bereit, Landsknechtsdienste für die Strategen des Kalten Krieges und des Atlantikpaktes zu leisten. Hierin stimmen alle friedlich gesinnten Deutschen in Nord und Süd, West und Ost überein. An der wachsenden Kraft der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die mit der Sowjetunion und den demokratischen Kräften in der ganzen Welt verbunden ist, werden die abenteuerlichen Pläne der reaktionären und imperialistischen Kräfte scheitern. Nur das einheitliche, demokratische, friedliebende und unabhängige Deutschland, das von der Nationalen Front der wahren deutschen Patrioten erkämpft wird, kann dem französischen Volk Ruhe, Sicherheit und Frieden an seiner Ostgrenze gewährleisten, und nur ein solches Deutschland wird zu dem europäischen Frieden und Neuaufbau beitragen können.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Das Haus hat von der bedeutsamen Erklärung des Herrn Ministers für auswärtige Angelegenheiten als einer Entschließung der Regierung Kenntnis genommen.

Ich möchte ein Wort hinzufügen. Ich habe bei Übernahme meines Amtes erklärt, daß ich — und das ist eine Verpflichtung, die ich vor dem Hause trage — nichts sagen werde, was je geeignet sein könnte, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Ich stehe zu diesem Wort; aber ich bin der Auffassung und der Überzeugung, daß es nicht in Widerspruch zu dieser Erklärung steht, die ich abgegeben habe, wenn ich folgendes feststelle:

Wir werden in unserer Deutschen Demokratischen Republik seit geraumer Zeit, und in der letzten Zeit wieder im besonderen Maße, angefeindet und angegriffen — angeblich aus nationalen Gründen — wegen unserer in Einklang mit den internationalen Vereinbarungen stehenden Erklärung der Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze. Es sind fast photographisch genau die gleichen Kreise und Kräfte, denen kein nationales Gewissen schlägt, wenn jetzt ein De-facto-Zustand geschaffen wird, der im Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen einer Lösung des Saarlandes von Deutschland gleichkommt. Ich glaube, daß diese Feststellung notwendig ist und war, um vielen Deutschen, die diese Zusammenhänge bisher nicht klar erkannt haben, es zu erleichtern, die Lage in der Zukunft in vollem Umfange zu übersehen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie haben vorhin den Antrag der Liberal-Demokratischen Partei gehört, Sie haben die Erklärung des Herrn Ministers des Auswärtigen gehört. Ich bin der Auffassung, daß sich mit dieser Erklärung der Antrag erledigt hat, bitte aber den Herrn Fraktionsführer der LDP, hierzu Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Liebler (LDP):

Die Fraktion der LDP hat keine Veranlassung, diesen Antrag nach den Ausführungen des Herrn Ministers des Auswärtigen noch aufrechtzuerhalten.

Präsident Dieckmann:

Sie haben die Stellungnahme des Herrn Abgeordneten Dr. Liebler gehört. — Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß mit der Erklärung der Regierung zu dem Gegenstand des Antrages der Antrag selbst sich erledigt hat.